

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckstätte: Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 20.

Sammelkonto: Elbe 1130.
Sammelkarte Riesa Nr. 12.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 12.

Freitag, 16. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 40 mm breite, 3 mm hohe Gründlichkeitstafel (7 Silber) 60 Pf.; Preispreis 50 Pf.; zehnabendiger und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsbüro 20 Pf. Reine Tarife. Vermöglicher Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wirtschaftliche Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Riesa oder sonstiger irgendwieher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Motorlokomotive nach Berlin: Pionier & Münsterlich Riesa. Motorlokomotive nach Meißen: Arthur Schönfeld, Riesa; für Dienstreisen: Arthur Schönfeld, Riesa; für Dienstreisen: Arthur Schönfeld, Riesa.

Einfuhrzulässigkeiten für Auslandsfleisch.

I. Die den Gemeindebehörden ausgaengenen Einfuhrzulässigkeiten für Auslandsfleisch mit den Abschnitten 17, 18, 19, 20 sind bei der nächsten Druckerausgabe mit zu verteilen.

II. Die Haushaltungsverstände und Amtsräte haben auf den Karten ihren Namen und Wohnort einzutragen.

III. Die Einfuhrzulässigkeiten sind bei dem Fleischer, von dem das Auslandsfleisch bezogen werden soll, bis spätestens den 7. Februar 1920 anzumelden. Diese Anmeldung bindet auf die Gültigkeitsdauer der Karte. Die Fleischer haben den Kontrollabschnitt und den Sammelkarte der Einfuhrzulässigkeit mit ihrem Firmenstempel oder Namen zu versehen, die Kontrollabschnitte abtrennen und dem zuständigen Schlachttätenleiter bis zum 10. Februar 1920 einzuhängen unter Beifügung eines Versiegelns, aus dem genau zu erkennen ist, wieviel Karten bei ihnen angenommen worden sind. Die Schlachttätenleiter haben das Vorrecht nebst den abgetrennten Kartenabschnitten bis spätestens den 12. Februar 1920 an die Amtshauptmannschaft (Lebensmittelstelle) einzuhängen.

V. Die geschickten Karten sind unbedingt einzuhängen, da sonst auf eine Belieferung der Karten nicht gerechnet werden kann.

Haiderhandlungen werden nach § 11 der Bekanntmachung vom 5. Juni 1919 bestraft.

Großenhain, am 16. Januar 1920.

Der Amtshauptmannschaft.

148 b III.

Der Amtshauptmannschaft.

Die unterzeichneten Behörden machen die Aufgabe von Betrieben, in denen Maler, Lackreicher, Tüncher, Weißbinder- oder Lackierer-Arbeiten ausgeführt werden, erneut auf die am 1. Januar 1906 in Kraft getretenen Vorschriften, welche in Nr. 301 des Riesaer Tagblattes vom 29. Dezember 1917 abgedruckt sind, hiermit aufmerksam. Abdrücke der Bekanntmachung zur Ausbildung an die Arbeiter können von den Druckereien von Arthur Schönfeld in Dresden, Rixendorfstraße Nr. 23 und Julius Biedenkapp in Glauchau sowie von der Verlagsbuchhandlung von C. G. Rosberg in Frankenberg i. S. bezogen werden.

Großenhain und Riesa, am 13. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft. Der Stadtrat.

Gh.

Verteiltes und Sächsisches.

Riesa, den 16. Januar 1920.

* Einweihung der unbesetzten Ratsmitglieder. In der getragenen Ratsbildung wurden die wieder- bzw. neu eingetreteten Ratsmitglieder verpflichtet und in ihr Amt eingeweiht. Vom Stadtverordneten-Kollegium waren zu dieser Feier die Herren Vorsteher Romberg und Stadtverordnete Mende erschienen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bearührte die Herren und wies sie bei seiner Einweihungsrede insbesondere darauf hin, daß das Amt, das sie übernommen haben, in der Zeit ganz besonderer Schwierigkeiten und verantwortungsvoll sei, und daß schwierige Entscheidungen in der kommenden Zeit zu fassen sein würden. Er nahm alsdann zunächst die Verpflichtung der Herren Seuria, Scherffla und Richter vor, die, da sie bereits früher dem Ratskollegium angehörten, nur mittelst Handschlag zu verpflichten waren. Als dann leisteten die Herren Geißler, Dombos und Jobst den vorgeschriebenen Eid. Außerdem leisteten sämtliche Herren noch den Eid auf die Reichsverfassung. Herr Stadtverordnete-Vorsteher Romberg nahm alsdann Veranlassung, die Herren Ratsmitglieder namentlich des Stadtverordneten-Kollegiums zu beglückwünschen, worauf dieselben dankten und versprachen, jederzeit ihr Amt zum Wohl der Stadt Riesa ausüben zu wollen. Nicht zurückgekehrt in das Ratskollegium sind, wie wiederholt bemerkt, die Herren Kommerzienrat Schönberg und Bahnwirtsbotler Müller. In den letzten Sitzungen des Rates, an denen die Herren teilgenommen haben, hat sie Herr Bürgermeister Dr. Scheider unter Ausdruck des wärmsten Dankes für ihre aufopfernde und erprobliche Tätigkeit verabschiedet.

* Die Hochwasser der Elbe hat noch immer nicht ihren Höchststand erreicht. Seit gestern vormittag ist das Wasser um 119 Zentimeter über Null. Dresden meldete heute vormittag einen Wasserstand von 452 Zentimeter, langsam weiter steigend. Das Wasser hat jetzt auch die Brücke über die Fahra an der Brückennähe überwunden, auf der es heute mittag etwa einen halben Meter hoch stand. Die Ställe und zum Teil auch das Wohnhaus der Brückennähe sind unter Wasser gelegt. Der "Karpfenhäuschen", sowie die gegenüberliegenden Häusern ergibt es ebenso. Der Verkehr nach Leutewitz wurde mit einem Kahn, der von der Parktreppen über den Elberadweg nach dem Leutewitzer Weg fuhr, aufrechterhalten. Das Wasser hatte heute auch die Elbstraße hinter dem Schlossplatz überflutet. Auch dort begann es bereits in die Häuser einzudringen. In den Häusern an der Fahra mußten mehrere Wohnungen geräumt werden. Der Dammenweg von der Elbbrücke nach Böberitz durfte kaum mehr zu begeben sein, da er bereits heute mittag leicht vom Wasser überspült wurde. Die Straße nach Lissa unter dem Elbentunnel ist hindurch steht unter Wasser, der Verkehr wird aber dort mit einem Kahn aufrechterhalten. Die Straße von Moritz nach Grödel ist ebenfalls vom Wasser überflutet, dergleichen von der Moritz-Windmühle ab die Straße nach Röderau. Im Grödel-Hofen hat das Wasser nun ebenfalls den Kai erreicht und überwunden bereits die Gleise. Der durch das Hochwasser angerichtete Schaden wird nicht gering sein, in seinem vollen Umfang ist aber natürlich erst feststellen lassen, wenn die Hochwasser vorüber ist. — Nach einer uns soeben von der Wasserbaudirektion Dresden gewordenen Mitteilung ist in Dresden der Stützstand des Hochwassers für morgen Sonnabend früh mit einem Höchststand von 490 Zentimetern über Null zu erwarten.

* Gasverfügung. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse ist das Gaswerk nicht in der Lage, den Betrieb in der gewünschten Weise aufrecht zu erhalten. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß die Gasversorgung nicht ausreicht und das Gas in den späteren Abendstunden weicht. Sollte dieser Fall eintreten, so sind sofort, auf Vermeidung von Unannehmlichkeiten, sämtliche Häuser an den Gasleitungen zu schließen.

* Diebstahl. In der Zeit vom 10.—20. Dezember n. J. sind auf dem Umlauf der Kaiserstraße 1, 68 an der Kaiserstraße 15 Stück Wasserleitungsbüchse aus Messing gestohlen worden. Da damit zu rechnen ist, daß der Dieb die gestohlenen Büchse zu verkaufen versucht, wird vor Aufsuchung und um Mitteilung an die Polizei gebeten.

* Das Sinfoniekonzert des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege ließ Mozart und Beethoven zu Worte kommen. Mozart's Ouvertüre zur "Einführung aus dem Serial" fand durch das Philharmonische Orchester aus Chemnitz unter Leitung des Herrn Engen Haberkorn eine ganz vorzügliche Aufführung. Insbesondere gab der C-Moll-Satz den Holzbläsern Gelegenheit zu außerordentlich schönem und brillantem Spiel. Beethoven's unvergleichliches Violinkonzert, das in der Tat ein Konzert im übertragenen Sinnel ist, spielte Herr Konzertmeister Willy Schaller mit zwar nicht großer Tongabe, aber mit geradezu vollendetem Pingabe und Technik. Hier schafften neben schöner Cantilene in der Melodieausführung, neben absolut reinem Passagienwerk und tadellose Chromatik des Violincello- und Flautenspiels in der mit orchesterlicher Wirkung gespielten Kadenz. Nur die niedrige Temperatur auf dem Orchesterpodium und die dadurch bedingte physische Einwirkung konnte es mit sich bringen, daß gegen Schluss des Rondos hin das Figurenwerk etwas hinter das begleitende Orchester, das durchaus nicht zu stark auftrumpfte, zurücktrat. Die fünfte Symphonie von Beethoven (man sagt für gewöhnlich Sinfoniekonzert, jedoch Symphonie Nr. 5), niemals aber, wie auf den Eintrittskarten zu lesen war: "Symphonie" fesselte auch den Nichtmusiker ungemein. Hier wurde der 8. Satz zur weitans besten Leistung des Abends, während im letzten Satze die Bläsergruppen infolge zu geringer Wärmeakzeption ihrer Instrumente um eine Schwankung zu viel erklingen mußten. Aus diesem Grunde wurden auch die höchsten Preise "dankbarster, von allem Verdienst abgelöster geliebter Erbauer und Freunde" nicht ganz erklingen. Das überaus gut geführte Konzert bedeutet einen wesenlichen, man kann sagen: großen Erfolg des genannten Orchesters und seines Leiters und damit auch einen Erfolg des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege. Die einführenden Worte auf der Vorlesung dienten gewiß dem Verständnis recht gut, indefekt leisten sie für den Zuhörer, dem diese Konzerte dienen sollen, zum Teil noch zu viel voraus (Motiv, Thema, Variationen, Finale). — Der Berichterstatteter batte den Verlust einer gedrehten Erdäpfel gemacht, den in dankenswerter Weise das "Riesaer Tageblatt" im rechten Verständnis für die Erziehung zum Kunstgewuß und daher für die Kunstpflege und Volksbildung bereitwillig veröffentlicht hatte. Die "Volkszeitung", die im Auftrage des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege rechtzeitig ebenfalls darum gebeten worden war, hat sich infolge Raummangels außerstande, die Einschübung, vielleicht an Stelle des täglich erscheinenden Romanabdruckes, zu bringen. J. S.

* Fahrvoranmündung. Ab 15. Januar 1920 verleiht Dr. Bug 141 Leipzig-Dresden 40 Min. später, ab Riesa 9' abends.

* Verlegung des Umsatzsteuerabtrages Dr. Böpke. Der von der Handelskammer und dem Verbände Sächsischer Industrieller auf Sonnabend, den 17. Januar 1920, abends 7 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses in Dresden übernommene Vortrag des Geheimen Regierungsrates Dr. Böpke über das neue Umsatzsteuergebot muß früher gelegt werden, weil der Vortragende aus dienstlichen Gründen gewungen ist, noch am gleichen Abend nach Berlin zurückzufahren. Der Vortrag beginnt daher schon nachmittag 4½ Uhr.

* Antrag zum Kirchenaustrittsgesetz. Zum Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kirchenaustrittsgesetzes, mit dem sich die Handelskammer in ihrer Dienstagtagung beschäftigte, hat die Fraktion der Deutschen-Nationalen Volkspartei einen Antrag eingebracht, das Ausstrittsrecht für die Austrittenden nicht wie bisher auf das 14. sondern auf das 16. Lebensjahr zu verzögern.

Lebensmittelmarken-Ausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 17. Januar 1920, nachmittags von 4—5 Uhr werden in den bekannten Markenausstellern die Lebensmittel-Kontrollkarten, sowie die Fleischbezugs-Ausweise gegen Rückgabe der vorjährigen Kontrollkarten ausgetragen.

Gröba (Elbe), am 15. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Gröba (Elbe), am 15. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Kleieverteilung in Gröba.

Diejenigen Gröbner Einwohner, die Brotgetreide und Gerste an den Kommunalverband abgeliefert haben, erhalten für jeden bis 1. Dezember v. J. abgelieferten Brotzettel Brotgetreide und Getreide 2½ Pfund Kleie. Die Kleie ist Montag, den 19. Januar 1920, vorm. von 8 Uhr ab bei Herrn Gutsrätscher Hennig in Gröba abzuholen. Die Abgabe der Kleie erfolgt nur gegen Vorlegung der Brotgetreideablieferungsnachweise.

Gröba (Elbe), am 15. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Konditorei und Café

Emil Barth

jetzt

Hauptstr. 64.

Eröffnung Sonnabend nachmittag.

Geschäfts-Verlegung.

Einer geehrten Einwohnerchaft von Riesa und Umgebung die ergebene Mitteilung, dass ich morgen, am 17. Januar, meine

Konditorei und Café

von Hauptstrasse 60 nach

Hauptstrasse 64

in das Grundstück des Herrn Kürschnermeister Margenberg verlege. Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe in meinen neuen Geschäftsräumen erhalten zu wollen und mich auch fernerhin gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll Emil Barth.

Wettiner Hof Tanzdielen.

Sonntag, den 18. Januar
feiner Ball.

Anfang 4 Uhr.
Erg. lädet ein B. Weber.

Café Central.

Sonntag, den 18. Januar
großes Frühschoppenkonzert
von 11—1 Uhr, abends von 6 Uhr an
großes Künstlerkonzert.
Ergebnis lädet ein B. Weber.

Geschäftsverlegung.

Verlege mein

Zigarren-Spezialgeschäft

von Schloßstr. 21 nach Wettinerstraße 20, im Hause von Herrn Albrecht, Zigarettengeschäft.

Bitte meine werte Kundenschaft um weitere gütige Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Richard Fehre.

Vereinsnachrichten

Nicar Grischau, Sonnt. Mariah n. Strelitz, 1/2 U. v. R.W. Vl. M. C. 10. Heute Spielerzusammenkunft im Stern. Münster-Vereinigung Riesa. Sonntag, 18. d. M., 10 Uhr Versammlung im Volkshaus. Völkliches u. volksärtl. Erich, evtl. Der unentf. fehlt, zahlt die festges. Strafe. Jugendverein Gröba. Sonnabend, 17. 1., abends 8 Uhr Versamml. im Vereinsl. Neue Mitgli. wird, noch ang. Werkmeister-Vereinverein Gröba. Der für heute angek. Fachwissenschaftliche Vortrag im Hanjo-Hotel fällt aus. Verein „Kreis Jugend“ zu Weida. Sonntag, 18. 1., nachm. 2 Uhr Generalversammlung im Vereinsl. Alle erdh.

Wohltätigkeitsverein „Sächsische Gesellschule“

Zweigverein Bobersen.

Sonntag, den 18. 1. 20

feines Kränzchen

im „Admiral“. Alle tanzlustigen Damen und Herren willkommen.

Der Gesamtvorstand.

Sportverein Merzdorf.

Sonntag, den 18. Januar, findet unser

Wintervergnügen mit Ball statt. Hierzu werden alle Mitglieder und Angehörige eingeladen. Anfang 4 Uhr. Der Vorstand. Jedes Mitglied hat ein Geschenk im Werte von nicht unter 50 Pf. mitzubringen.

8. B. C. „Germania“ Rödrik.

Unser Vergnügen

findet am Sonntag, den 18. d. M., im Gathof Glaubitz statt. Anfang 4,6 Uhr. Der Gesamtvorstand.

Gasthof Weida.

Sonntag, den 18. Januar, von 5 Uhr an
öffentliche Ballmusik.

Es lädt ergebenst ein Karl Sennewitz.

Gasthof Döllsib.

Sonntag, d. 18. Januar von 4 Uhr an
öffentliche Ballmusik.

Dazu lädt freundl. ein M. Orlang.

Arthur Jähnig

Ella Jähnig geb. Sommer

vermählte

Riesa-Döllsib, 11. Januar 1920.

Nimmermüde Hände rufen nun für immer.
Heute morgen 7 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet nach langem Krankenlager meine liebe, gute Gattin, unsre treuherzige Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau

Pauline Schaal geb. Holzsch.

In tiefer Trauer Sammeln Germanus Schaal,
Riesa, 18. Januar 1920.
Die Beerdigung erfolgt Sonntag, 18. Jan.,
nachmittags 2 Uhr vom Friedhofskant. Gottschee-
kirche 28, und.

Hotel zum Stern.

Sonntag, den 18. Januar
große öffentliche Ballmusik.

Gasthof Mergendorf.

Sonntag, den 18. Januar

feine Ballmusik

verbunden mit Schau- und Preisstangen.

4—7 Uhr Tanzverein.

Dazu lädt freundlichst ein P. Möller.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, den 18. Januar

große öffentliche Ballmusik

gespielt von der Kapelle Kaiser. Anfang 4 Uhr.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit
dargebrachten Gratulationen und schönen Ge-

schichte sagen wir allen

herzlichsten Dank.

Röbeln, am 18. Januar 1920.

Oskar Hann und Gran.

Hotel Höpfner

Sonntag, den 18. Januar

von nachm. 4 Uhr an

große öffentliche

tonangebende

Ballmusik.

Dazu lädt ergebenst ein M. Höpfner.

Mindestpreise

Barbier- und Friseur-Innung Riesa und der
Ortschaften Gröba, Neuweida und Glaubitz.

Haarscheren 40 Pf. Haarschneiden 1 M.

Kinder-Haarschneiden 40 und 60 Pf.

Sonnabends und Sonntags für Haarschneiden Preisaufschlag.

In Damenfriseurgefäßen ebenfalls Preiserhöhung.

Germann Wiehe, Landesverbandsvorsteher.

Die Verlobung ihrer Kinder

Gertrud und Fritz

bedören sich anzuseigen

Wilhelm Heuer und Frau

Oswald Löffler.

Gertrud Heuer

Fritz Löffler

Verlobte.

Riesa, am 17. Januar 1920.

Zahle die höchsten Tagespreise für

Rindfleute

Ziegenfelle

Kalbfelle

Rehfelle

Schaffelle

Hasenfelle

Kaninfelle.

Felle!

Für ausgebaute dicke Winterfelle Extrapreise. Ferner beste Preise für Füchse, Marder, Nitts, Hamster, Maulwürfe, Altmarkt Telefon 121.

Gänselfedernverkauf.

Pa. gefüllte Gänselfedern

sowie Flügel-

fehren liegen a.

Verkauf bei Albert Gaberrecht, Oberstein. Telefon 518.

„Königslinde“

Bahnhof Wülknitz

Sonntag, den 18. Januar

feine Ballmusik.

Gothof Lichtenlee.

Sonntag, 18. Jan., lädt zur

öffentl. Ballmusik

ergebenst ein E. Wittig.

Gasthof Mautitz.

Sonntag, den 18. Januar

feine öffentl. Ballmusik

Anfang 6 Uhr. Dazu lädt

freundlich ein A. Möller.

Gasthof Bahra.

Sonntag, den 18. Januar,

lädt zur Ballmusik

freundl. ein M. Thalheim.

Alte Post, Stauchitz

Sonntag, 18. Januar

Ballmusik.

Anfang 5 Uhr.

Es lädt ergebenst ein

M. Wenz, Ebene.

N.B. Sonntag, 25. Januar

Konzert.

Schließclub „Gut Bild“

Neubau

hält Sonntag, d. 18. Januar,

im Gathof zu Neubau seinen

Ball

ab. — Schneidige Musik. —

Anfang 5 Uhr.

Mitglieder, Gäste u. Gäste

beratlich willkommen.

Der Gesamtvorstand.

Heute

Freitag, abends 8 Uhr

Gärtnerstraße

Monats-

Veranstaltung

mit Vortrag

über Betriebsverträge.

Schreiterer Besuch erbeten.

20. M.

Die heutige Nr. umfasst

8 Seiten.

Diesen Nr. 2 bei

„Gärtner zu der Gärte“.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Notizen und Bericht: Renger & Winterlich, Riesa. Schriftleitung: Goethesstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umschau: Wilhelm Wittich, Riesa.

Nr. 12.

Freitag, 16. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

Eine neue Kundgebung in Berlin.

Wib. Berlin, 15. Januar.

Obgleich die Regierung die für heute nachmittags 2 Uhr in der „Neuen Welt“ in der Gosenstraße von den Kommunisten einberufene Demonstration für die Revolutionäre verboten hatte, forderten doch wieder Plakate zur Teilnahme an der Reise auf. Die Sicherheitspolizei hatte deshalb die notwendigen Maßnahmen getroffen. Um 2 Uhr nachmittags war die Zahl der Demonstranten auf etwa 10000 angewachsen. In einem kleinen Zusammenstoß ist es in der Gosenstraße gekommen. Besonders machten sich wieder Demonstranten in Motorraduniform bemerkbar. Um 3 Uhr nachmittags hatte sich die ganze Menge zerstreut.

Die Lage in Berlin.

Über die heftige Lage in Berlin schreibt die „Neue Zeitung“ u. a.: Von der Sicherheitspolizei waren für gestern keine weiteren Vorkehrungen getroffen worden, als die, welche schon vorgestern abend vorgenommen waren. Allgemein und Meldebüro sorgen für die Beobachtung. Demonstrationen werden in keinem Falle gebüdet. Von der rechtssozialistischen Partei ist gestern die Lösung ausgetragen worden, sich auf keinen Fall an irgend welchen Kundgebungen zu beteiligen. Die Hauptwerkstätten der Straßenbahnen haben gestern vormittag den Betrieb eingestellt, um sich an den Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu beteiligen. Wegen dieser Gedächtnisfeiern sind auch sämtliche Arbeiter der Knorr-Bremse gefangen. Gestern morgen aus dem Betrieb gegangen. Auch in den Betrieben von Schwarzkopf herrscht seit gestern teilweise allgemeine Arbeitsruhe.

Gin 24 ständiger Streikstreit.

Die Kommunisten und ein Teil der unter dem Einfluss der radikalen Elemente innerhalb der unabdingbaren Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaften haben nachts in den Außenbezirken der Stadt und den Vororten Plakate angebracht, durch die sie, wie die „B. S. am Mittag“ meldet, zu einem 24-stündigen Proteststreik gegen die Soldatenkasse auffordern. Die „rote Fahne“ hat ein Flugblatt in verschiedenen Betrieben gebracht, das ebenfalls zum Streik und zur Wahl revolutionärer Betriebsräte aufzurufen. Die Straßenbahn, Hochbahn, Elektrizitätswerke und Gasanstalten arbeiten. Nur die städtische Straßenbahn streikt, doch befürchten sich deren Linien nur auf einige Außenbezirke der Stadt. In der Großindustrie ist die Beteiligung am Proteststreik nur möglich. Bei Siemens und Vorlitz wird gearbeitet. Dagegen sind die Schwarzkopfwerke stillgelegt. Hier und wo sonst gestreikt wird, sind diese Zustände gewöhnlich nur durch den Terror radikaler Minderheiten zustande gekommen.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Proteststreik: Einigen gewissen Erfolgen hatten wie immer die revolutionären Obrigkeit in einigen Betrieben der Berliner Metallindustrie. So sollen im Kabelfabrik an der Oberhöhe, in der Oberhöhe-Maschinenfabrik und bei der Nationalen Automobilfabrik in Oberhöhe die Stadtkassen ihren Willen durchgesetzt und die anderen Arbeiter gewonnen haben, mit ihnen die Werkstätten zu verlassen. In den Betrieben der Firma Siemens & Halske wird noch wie vor gearbeitet. Bei der Firma Ludwig Löwe & Co. hat ein großer Teil der Arbeiter der Streikpartei folge geleistet. In den Betrieben der Firma Schwarzkopf arbeitet im Werk Bildau der größere Teil der Arbeiter, im Werk in Berlin sind über 50 v. d. in den Ausstand getreten. Bei der Knorr-Bremse arbeiten von 2500 Mann 800, bei der Firma Israel sind etwa 80 Proz. am Ausstand beteiligt. Einem viel geringeren Erfolg hatte die kommunistische Streikpartei in den anderen Berliner industriellen Werken. Mit wenigen Ausnahmen wird gearbeitet.

Weiter erläutert der „Berliner Lokal-Anzeiger“: Zahlreiche städtische Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Angestellte, darunter auch solche in lebenswichtigen Betrieben, haben gestern, der Parole der Kommunisten folgend, kurzerhand die Arbeit verlassen. Unter den Ausständigen befinden sich auch die Arbeiter und Arbeiterinnen des städtischen Öffentlichen, obgleich es sich um einen lebenswichtigen Betrieb handelt. Der Arbeiterausstand des Öffentlichen hat infolge dieser Disziplinarlosigkeit gestern sein Mandat niedergelegt.

Aufruf der sächsischen Mehrheitssozialisten.

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsen erlassen in der sozialdemokratischen Presse einen Aufruf an Sachsen arbeitende Bevölkerung, in dem sie unter Hinweis auf die Versuche der Unabhängigen und Kommunisten die werktägliche Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufzutreiben und insbesondere auch die Arbeitslosen zu wahnwitzigen Handlungen aufzutreiben, die Wohnungen der Regierungen als Ergebnis des Druckes unserer furchtbaren Faktions und die Arbeiter zur Besinnlichkeit ermahnen. Der Aufruf schließt mit den Worten: Urteil auch in diesen Stunden erneuter Aufregung mit Rache. Lohnt Euch nicht zu törichten Ueberleben verleiten, die Euer und Eurer Volksgenossen Unglück sein müßten. Bedenkt, daß wir jetzt noch das freie Volk der Welt sind und alles durch unabkömmlinge Gewalttätigkeiten aufs Spiel gesetzt wird. Zeigt Euch in diesen Tagen als einfältige, organisierte Arbeiter, werkt Prinzipien zurück, geht nicht auf die Straße, arbeitet geschlossen mit uns an der Überwindung der Schwierigkeit und am Aufbau der neuen Zeit, die nur so eine bessere werden kann. Euer Panzer sei noch wie vor: Hoch die Demokratie! Hoch der Sozialismus! Nie wieder mit der Reaktion von rechts und links! Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Sachsen: Kühl-Dresden, Döger-Leipzig, Nehnert-Chemnitz, Meyer-Wolfsburg. Die sozialdemokratische Fraktion der Sachsischen Volkskammer: Siedemann; Wirth.

Der Streik in den sächsischen Eisenbahnwerkstätten.

Der Streik in den Eisenbahnbetriebswerkstätten in Engelsdorf bei Leipzig dauert an. Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat die Streikleitung hinter das Ultimatum an die Reichsregierung gefordert, daß den Ausbau des Betriebsrätegesetzes in revolutionärem Sinne verlangt. Dieses Ultimatum läuft heute ab. Im Falle der Ablehnung soll dann über den Generalstreik beschlossen werden. Die Stimmung unter den Streikenden ist vollkommen unheimlich, wie die ganze Streikbewegung überdrückt. Dies geht auch daraus hervor, daß die Arbeiter auf dem Leipzig-Hauptbahnhof nicht streiken und daß die Beamten dem ganzen Streik ablehnend gegenüberstehen. Die Stadt Leipzig selbst ist ruhig; die militärische Bezeugung der Stadt steht aufrecht erhalten.

Die 2000 Mann starke Belegschaft des Zwischenwerkstättenbahnhofs ist am Mittwoch wieder einsatzbereit.

Lohnforderungen in den Ausland sind getreten. In einer für gestern einberufenen Versammlung sollte über die eventuelle Wiederaufnahme der Arbeit beraten und Beschluss gefaßt werden. Die auswärtige verbreitete Nachricht, daß die Engelsdorfer Eisenbahnbeamten in den Ausland getreten seien, ist völlig aus der Luft geprägt. Auch dort besteht bei den Beamten keine Neigung zum Streik. Der Vorwurf ist deshalb auch normal. Es kreisen nur die Werkstattarbeiter in Marienberg. Im übrigen ist die Lage ruhig. Am Dienstag nachmittags haben die Arbeitslosen eine Kundgebung veranstaltet, und ihre Forderungen auf eine Beihilfe von 500 M. zu Konsumations- und Einschulungskosten und auf eine 50-prozentige Erhöhung ihrer Bezüge der Stadtverwaltung überreicht. Auch im Kohlenrevier ist gegenwärtig keine Streikbewegung zu verzeichnen.

Die Chemnitzer Eisenbahnwerkstättenarbeiter beschlossen in ihrer am Mittwoch vormittag abgehaltenen Versammlung mit überwiegender Mehrheit, aus der passiven Resistenz in den Streik einzutreten und legten nachmittags die Arbeit nieder.

Die Arbeiter der Dresdner Eisenbahnwerkstätten sind auch am Donnerstag in den Betrieben erschienen. Es wird allgemein voll gearbeitet.

Der Eisenbahnerstreik in Breslau.

Wie die „Breslauer Zeitung“ aus sicherer Quelle erläutert, wurde am Mittwoch abend bei Verhandlungen, welche die Eisenbahndirektion Katowic mit den ausständigen oberösterreichischen Eisenbahnarbeitern führte, eine Verständigung dahin existiert, daß die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen werden sollte. In den Eisenbahndirektionsbezirken Breslau und Katowic ist der Streik in vollem Auslaufen begriffen. Zur Unterhaltung des Betriebes haben in hervorragender Weise die tätige Mitarbeit der technischen Notfälle und das tapfere Verhalten der Beamten beigebracht.

Wie die „Osteroder Zeitung“ meldet, sind gestern die Eisenbahnwerkstättenarbeiter in Osterode in den Ausstand getreten. Der Personen- und Güterverkehr wird aufrecht erhalten.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. Main ist ermächtigt, über die Stellungnahme des Ministers der öffentlichen Arbeiten in der Frage des Lohnvorwurfs folgendes mitzuteilen: Der Minister ist bereit, dem Gedanken einer Erhöhung der Lohnzulagszahlungen näherzutreten und wird sich mit dem Staatsministerium und dem Reichskabinett in Verbindung setzen. Eine Voraussetzung für die Gewährung von Abzugszahlungen ist selbstverständlich, daß die Arbeit nicht niedergelegt, vielmehr in vollem Umfang wieder aufgenommen wird.

Der Versuch der Kommunisten, zur Durchführung ihrer politischen Forderungen und Einführung der Sechzehn-Stunden-Arbeitszeit einen allgemeinen Vergarbeiterausstand im Ruhrrevier hervorzurufen, ist vorläufig als vollkommen gescheitert zu betrachten. Im Hamborner Wetterwinkel geht die Zahl der Streikenden immer weiter zurück.

Die streikenden Telegraphenarbeiter im Döbendorfer Industrie-Bezirk haben gestern beschlossen, in Unbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage den Ausstand abzubrechen. Der Bevölkerungs-Sicherheitsrat schreibt zu, daß er für die Erhaltung der Verbindungen der Telegraphenarbeiter bei der Postverwaltung eintreten werde.

Infolge des von den Unabhängigen proklamierten einjährigen Generalstreiks haben in Adenau der Straßenbahnen den Betrieb eingestellt. Die Versorgung mit elektrischem Licht- und Kraftstrom ist seit gestern 9 Uhr vormittags unterbrochen.

Der Güterzugverkehr in Bayern eingestellt.

Da der Kohlevorrat zu Ende ist, wird am 15. Januar in Bayern der gesamte Güterzugverkehr eingestellt bis auf die Beförderung von Lebensmitteln und Brennstoffen. Die Zulassung des Personenzugverkehrs zu den noch verbleibenden Zuglinien bleibt vollständig ausgeschlossen. Die Zahl der Nahverkehrszüge wird gleichfalls eingeschränkt, und der Lokalbahnbetrieb wird überall eingeschränkt, wo eine wirkliche Kohlenlücke sich ergibt. Von Schnellzügen bleiben nur die 2-Züge 39/40 zwischen München und Berlin beibehalten.

Nationalversammlung.

Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes wird fortgelebt. Der § 1, der die Errichtung von Betriebsräten für solche Betriebe vorsieht, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, wird angenommen, nach Ablehnung eines Antrages Heinz (D. W.), der die Überweisung der ganzen Vorlage an den künftigen Reichswirtschaftsrat fordert. Nach § 2 ist in den Betrieben, die in der Regel 20 Arbeiter, mindestens aber 5 wahlberechtigte Arbeiter beschäftigen, von denen mindestens 3 wählbar sind, ein Betriebsobmann zu wählen. Abgelehnt wird u. a. ein Antrag der Deutschen Nationalen auf Einführung eines besonderen Paragraphen, der für die Wahl des Obmanns wenigstens in Betrieben des Handwerks und des Betriebsgewerbes die Zahl der erforderlichen Arbeitnehmer von 5 auf 10 heraufsetzen will. Die Ablehnung dieses Antrages erfolgt in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 66 Stimmen. Bei § 4 wird für Forst- und Landwirtschaft die Wahl eines Betriebsobmannes von den vorhandenen von mindestens 10 ständigen Arbeitern abhängig gemacht. Unter Ablehnung von Abänderungsanträgen der Deutschen Nationalen und Unabhängigen wird § 4 angenommen, ebenso § 5, der die Errichtung von Arbeitnehmervertretungen in See- und Binnenschifffahrt einem besonderen Gesetz vorbehält. Nach § 6 sind neben den Betriebsräten, in denen Arbeiter und Angestellte sind, noch Arbeiter- und Angestelltenräte zu errichten zur Abwehrnung der besonderen Interessen der Arbeiter und Angestellten. Abg. Roemer (Unabh.): Wir beantragen die Streichung des omissioen Paragraphen. Er untergräbt in reaktionärem Weise die Einheitlichkeit der Angaben der Betriebsräte. Reichsarbeitsschafft: Der Regierungsentwurf stellt die Betriebsräte in den Vordegrund. Die Bemängelung des Vorredners trifft also nicht zu. Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Gegen 2 Uhr tritt eine Mittagspause ein.

Um 3½ Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen und die Beratung fortgesetzt. Zu § 8 beantragt die Deutsche Volkspartei folgendes Zusatz: Die Tarifverträge, die den Betriebsräten mehr Recht eindringen als dieses Gesetz, bestürzen der Zustimmung der zuständigen Arbeitsgemeinschaft. Abg. Henke (Unabh.): Wie lehnen den Antrag der Deutschen Volkspartei ab. Die Betriebsräte haben ganz besondere Aufgaben, die weit über die der Gewerkschaften hinausgehen. Die Gewerkschaften dürfen nicht über den Betriebsräten stehen. Nach Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei wird § 8 unverändert angenommen.

Abg. Überholz (Unabh.) beantragt zu § 9 die Schaffung von Betriebsräten bei den Städten. Bei der

Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt und Paragraph 9 unverändert angenommen. Abg. Düwell (Unabh.): Es empfiehlt bei § 10 einen Antrag, nach dem Hausverwörter durch das Gesetz erlassen und den zweiten Absatz des Paragraphen zu streichen. Der Antrag wird abgelehnt und Paragraph 10 mit einer redaktionellen Änderung angenommen. Die Deutsche Volkspartei beantragt zu Paragraph 13 die Streichung der beamtenfeindlichen Bestimmung und ihre Erleichterung durch eine andere, die umgekehrt gestaltet, daß beamtenähnlich beschäftigte Arbeiter und solche, die Aussicht auf Übernahme in das Beamtenverhältnis haben, aus den Betrießen entlassen werden können. Ein Antrag Arnstadt (Dnt.) fordert Einbeziehung auch der Beamtenwärter. § 13 wird darauf mit diesem Antrag Arnstadt angenommen, die anderen Anträge werden abgelehnt. § 15 handelt von der Zusammensetzung des Betriebsrates. Er besteht in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitnehmern aus drei Mitgliedern, in Betrieben mit 50–99 Arbeitnehmern aus fünf, in Betrieben von 100–199 Arbeitnehmern aus 6. Die Zahl der Mitglieder erhöht sich um je eins in Betrieben von 200–999 Arbeitnehmern für je 500 und von 1000 und mehr Arbeitnehmern für je 1000. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 50. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird § 15 angenommen. Nach § 16 muh, wenn sich unter den Arbeitnehmern zwei Angestellte befinden, jede Gruppe, ihrem Betriebsverhältnis entsprechend, im Betriebsrat vertreten sein. Die Minderheitsgruppe erhält wenigstens zwei Mitglieder bei 50–99 Gruppenangehörigen usw., bis § 18 wird in der Fassung des Ausländers angenommen. Nach § 18 werden die Mitglieder des Betriebsrates in unmittelbarer und neheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniszwahl auf die Dauer von einem Jahr gewählt. § 18 wird unverändert angenommen. Nach § 20 sind Wahlberechtigt alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Gegen 9 Uhr abends stellt Präsident Schreiber fest, daß die Verhandlungen sich außerordentlich schwierig gestalten. Es melden sich dauernd neue Redner zum Wort. Das Gesetz müßte aber in allen Leistungen in dieser Woche verabschiedet werden, weil in der nächsten Woche im Reichstag der Parteidienst des Zentrums stattfindet. Es müßte also noch weiter getagt werden. Abg. Roemer (D. S.) erhebt Widerprotest gegen diese Durchsetzung. Die § 21 u. die über die Geschäftsführung der Betriebsräte sowie über die Auseinandersetzung von Protokollen handeln, bringen ausgedehnte Auseinandersetzungen, werden aber unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Nach 11 Uhr vertagt sich das Haus. Freitag 9 Uhr vormittags: 54 kleine Anträge, Weiterberatung.

Über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung geht uns aus Berlin noch das folgende Stimmungsbild zu:

Die Einzelberatung des Betriebsrätegesetzes am Donnerstag ließ bald erkennen, daß die Mehrheitsparteien Schwierigkeiten zu überwinden hatten, um den Auskunfts- und Kompromißbeschluß zum endgültigen Erfolge zu verhelfen. Nicht nur, weil es Verhältnisse gab, um die namentlichen Abstimmungen und zu wahren galt, wegen der offensichtlichen Abstimmungen, die von den Rechtsparteien dem Hause nicht erwartet wurden, sondern auch wegen offensichtlicher Obstruktionen der Unabhängigen, die zuerst das rednerische Verhalten ihres Wortführers, Abg. Roemer, erkannten ließ. Was das erste betrifft, so widerstehen die Versuche der Rechtsparteien, ihre Abänderungsanträge anzubringen. Auch die Probe der namentlichen Abstimmung bestand das Haus, indem ein Zusatzartikel, in Handwerk und Kleingewerbe erst bei 10 Bevölkerung einen Obmann wählen zu lassen, mit 227 gegen 66 Stimmen abgelehnt wurde. Im übrigen hielt die Unabhängigen bis zur Mittagspause das Haus auf durch hartnäckigen Wortkampf des genannten Abg. Roemer gegen Errichtung von Angestelltenräten neben Arbeiterräten. Die Sache lief hinaus auf Agitationsschießen gegen die „komprimierten kompromittierten“ — wie Herr Roemer sagte — Mehrheitskomunisten, für die die Abg. Siebel und Bender standen. Abg. Roemer konnte seinen Groß über das Scheitern des Waffensturzes vor dem Reichstag nicht verhehlen und bescherte so die Schuld seiner Partei an dem blutigen Verlauf der Demonstrationen. Der Antrag der Rechten auf Verweisung der Vorlage an den Reichswirtschaftsrat fiel in einfacher Abstimmung. Leiderwegen mußte Reichsarbeitsschafft sich gegen den Vorwurf wahren, als habe die Regierung ihr im vorigen Frühjahr in Weimar gegebenes Versprechen betreffs der Betriebsräte in der nunmehrigen Vorlage nicht eingelöst. — Da der Nachmittagsfahrt berichtet die Unabhängigen wieder das rote Feld. Hintereinander marschierten die Abg. Henke, Alderhold, Düwell auf, um den Gewerkschaften, den Reichswehrmannschaften (Soldatenräte) u. der Beamtenchaft Stimmenabstimmung zu treiben. Es gab einen Lärm im Hause bei einem plumpen Vorstoß gegen die „Gürtelstadt“ und den Gedankeworten an die Liebknecht-Lugwig-Brücke.

Sonst aber nahmen die anderen Parteien keine Notiz von diesen Obstruktionen. Die Privatunterhaltung schlug lebhafte Wellen. An Hemmungen der Abstimmung des Gesetzes leisteten die Unabhängigen auch weiterhin das Mögliche. Mit Anträgen und Begründungsreden, Wünschen nach formeller Galerie von „Raten“ ging es um. Der Rechte war es um agitatorische Behandlung der Sache nicht zu tun, sie vertrat nur ihren sozialwirtschaftlichen Standpunkt, forderte aber durch den Abg. Dr. Wolf mit fügsamen Leidenschaften der Teilnahme der Regierung an der Verhandlung. Seitweise waren nämlich die Ministerseßle leer. Am beginnenden Abend durfte noch eine lange Paragraphenreihe der Auseinandersetzung und rednerischen Würze.

Vor kritischem Tagen.

Aus dem Ruhrrevier schreibt man und: Das Barometer deutet im Ruhrlochentwickler auf Sturm. Neben Lohnforderungen ist es das Betriebsrätegeley, daß die Gemüter erregt. In allen größeren Städten beschäftigen sich Betriebsversammlungen mit dem Gelegenheitswirt, an dessen Beratung am 13. Januar die Nationalversammlung herangetreten ist. Mit der Fassung, die der siebente Ausdruck dem Entwurf gegeben hat, ist man ganz und gar unzufrieden. Die Bergarbeiter — denen durch Verordnung des Reichscommisars Seizing schon im verlorenen Frühjahr Beschwerde zugestellt wurden — finden, daß die Betriebsräte in ihrer jetzigen Gestalt ihnen nicht die gewünschte Machtfülle gegeben haben. Aber unzufriedener sind die Angestellten. Sie verlangen volles Mitbestimmungsrecht nicht nur bei Einstellungen, sondern auch bei Entlassungen, Berichtigung im Aussichtsrat der Gesellschaften, Mitwirkung bei der Produktionsverteilung u. a. Eine in Bochum abgehaltene Konferenz der technischen Angestellten im Betrieb verclaimed außerdem auch die Wahl

wichtung bei Beförderungen und Belehnung, ferner einen be- ständigen Demonstrationsstreit ins Werk zu rufen, wenn die Nationalversammlung nicht das Gesetz so erlässt, wie es die ganz radikale Linke fordert.

Die näher der kritische 1. Februar heranrückt, der den Bergarbeitern nicht nur eine erhebliche Lohnverhöhung bringen soll — die Forderungen sind seitens der Bergarbeiterverbände jedoch dem Bergverband ausgetragen worden — sondern auch die angesetzte Verkürzung der Arbeitzeit, deshalb erregter wird die Stimmung. Der Eisendabner-Streit hat diese noch erst angeheizt. Da die Regierung bestimmt erlässt hat, der Einführung der Sechsstundenschicht nicht zustimmen zu können, so ist bestimmt mit Verlusten zu rechnen, diese gewollt am einzuführen. Schon suchen hier und da Einzelstreiks auf, namentlich in Süden und West, wo einzelne Betriebschäden ein vorze Tagen sieben aus nötigen Ursachen. Die Bergarbeiterverbände (Deutscher Bergarbeiterverband, Christlicher Gewerbeverein, Christ-Denkmal-Gewerbeverein, Politische Gewerbevereinigung) bemühen sich zwar, durch taktische Manöver die Entscheidung dieser Frage hinauszuschieben bis zur internationalen Regelung (sie haben das internationale Generalsekretariat der Bergarbeiter beauftragt, sich mit den ausländischen Bergarbeiterorganisationen über eine internationale Einführung der Sechsstundenschicht ins Vereinigte zu setzen), aber es erscheint mehr als fraglich, daß die Bergarbeiter mit dieser Verschiebung einverstanden sind. Die Betriebschäden sind unbedingt so durchzuschlagen, daß nicht die alten, vorliegender, der Beratungssitzung sich bemühten Gewerbeleiter ihrer Ohr haben, sondern die Kommunisten. Dieser kommt es darauf an, die Bergarbeiter zu politischen Zwecken zu misbrauchen. Sie reden ihnen vor, wenn Deutschland die Sechsstundenschicht hat, folgen die anderen Länder von selbst nach.

Derweil leben wegen des Rohstoffmangels zahlreiche Betriebe still. In ganz Deutschland nährt die Not riesengroß. Wir haben berichtet über die vergeblichen Bemühungen von Arbeiterschaften der vor der Stilllegung drohenden Hüttenwerke zu den Bediensteten. Die Bergarbeiter aber sind so verkannt in die Idee, daß der 1. Februar die Sechsstundenschicht bringen müsse, daß alle Bitten abrufen. Auch fühlen sie sich, wie es in einer Erklärung der Belegschaft der Zeche „Friedlicher Nachbar“ (die der Arbeiterausstoss der vor der gänzlichen Außerbetriebsetzung liegenden 8000 Arbeiter beabsichtigenden Heimzuhütte hat, Überlebenden zu ihrem Gunsten zu verhauen), heißt, „sozialistisch mit dem Rotschrei der Metallarbeiter“, aber: nicht eher seien sie bereit, Überlebenden zu machen, ehe nicht die Regierung den Sechsstundenschicht gesetzlich eingeführt habe.

Nun ist es klar, daß eine Sechsstundenschicht eine Produktionsverkürzung bedeutet. Auf viermal Sechsstunden-Schicht sind die Gruben technisch nicht eingerichtet, es vergehen Jahre darüber, ehe sie es bei dem Materialmangel sein können. Schon die Sechsstundenschicht brachte einen Ausfall. Die Arbeitsleistung pro Stunde hat zwar fast den Fleißstand erreicht, als noch acht Stunden effektiv gearbeitet wurde (also achtzehnhalb Stunde mit Ein- und Ausfahrt). Selbst wenn bei der Sechsstundenschicht ein paar Überlebenden gemacht werden sollten, so kann das nicht den Ausfall decken, der durch ihre Einführung entsteht, geschweige denn, daß mehr Stößen gefordert würden, um die notleidenden Fabriken zu beliefern.

Wie sich die Dinge in den Räumen der verbleibten Bergarbeiter ausmalen, geht daraus hervor, daß sie einen Lohn von 50 Mark die Stunde an sechs Stunden und gleichzeitig billigeren Lebensmittel als bisher fordern.

Doch unter diesen Umständen schwere Krischütterungen unvermeidlich sind, ist verständlich. Man rechnet allgemein im Industriebezirk mit einer Besetzung durch Ententestruppen, falls es nicht gelingen sollte, in letzter Stunde die Bergarbeiter und Angehörige vernünftigen Erbegründungen zugängig zu machen. Ein Volksbewegungsregiment im Ruhrgebiet, wie es die Kommunisten, Spartakisten und Sowjetkämpfen aufzurichten hoffen, würde die Entente wohl kaum dulden.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Die Donnerstag-Sitzung der Kammer war ausgestellt mit Fragen der Lebensmittelversorgung.

Zur Beratung standen ein Antrag der Deutschen Nationalen auf Abbau der Zwangsirtschaft, denn die Mehrheit des Gesetzesausschusses einen Antrag auf Verstärkung der Zwangsirtschaft entgegengestellt hatte, sowie Interpellationen der Wirtschaftssozialdemokraten, den Ständen der Lebensmittelversorgung, die Abgabe eines Schweineviertels bei Hausschlachtungen betreffend und ein Antrag auf Schaffung eines parlamentarischen Beirats zur Mitwirkung bei den Fragen der Lebensmittelversorgung. Das Haus war während der ganzen Sitzung so faum einem Vierel, daß es aber das Empolster des Sitzungsraums und der Erfrischungsraum zeitweise umso dichter besetzte. Wenn man daraus schließen wollte, daß die Mitglieder der Volkskammer in der Meinung waren, daß durch parlamentarische Reben keine Nahrungsmitte hergestellt und durch Erklärungen vom Regierungsrat die hungernde Bevölkerung nicht satt gemacht wird, so dachte man durch die Stundenlangen Debatten, die sich von vormittags 11 Uhr bis abends 6 Uhr hinzogen, eines anderen belebt werden.

Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders die Einführung der Landeskartoffelkarte und der Brämenwirtschaft sowie triftig und der Landwirtschaft ein neues Wirtschaftsmodell ausgestellt. Die Deutschen Nationalen wiesen mit allen Mitteln ihren Antrag durchzubringen und wiesen darauf hin, daß die Verarbeitung der Zwangsirtschaft eine Ernährung unmöglich mache. Mit der Aufhebung der Zwangsirtschaft werde nach ihrem Ansicht der Schleierhandel mit einem Schlag verschwinden, das Volk wieder zur Ökonomie zurückkehren.

Bei Beantwortung der Interpellationen suchte Wirtschaftsminister Schwartz die Bedenken zu erläutern, daß vor einem Zusammenbruch ständen. Er erklärte mächtig: „Wenn nicht äußere Umstände dazu beitragen, daß die Lebensmittel an die Stelle gelangen, wo sie ausgegeben werden sollen, haben wir keine Veranlassung, den nächsten Wochen mit Sorge entgegenzusehen.“ Wie verfügen heute über größere Vorräte als vor einem Jahr.“ Über allzuviel konnte auch der Minister unsere Aussichten nicht hinstellen und auch nicht behaupten, daß wir über die Schwierigkeiten hinweg leiten. Wenn es zu einem Zusammenbruch kommt, dann werde nicht nur der Großbürokrat und das Proletariat, sondern das gesamte Volk untergehen. Jedoch könne der Wirtschaftsminister an einem Zusammenbruch in diesem Sinne keinen Glauben haben. Ein Zusammenbruch ohne Außen ausländischer Lebensmittel bleibt auch er nicht für möglich. Darüber aber machte er trübe Erfahrungen. Wir befürchten zurzeit so gut wie keine Auslandslebensmittel herein. Bereits abgeschlossene Geschäfte würden wieder rückgängig gemacht, weil das Ausland Deutschland keinen Kredit mehr einträgt. Unter Zustimmung seiner Parteifreunde und unter Einpruch des Unabhängigen verneinte der Minister die Frage, ob es anders wäre, wenn die Kaiserlichen Deutschen Nationalen oder die Kommunisten zur Regierung kämen. Das Wohlentlaste zur Befreiung erklärte er darin, daß die vorhandenen Lebensmittel restlos ersucht und gerecht verteilt würden.

Nach den Ausführungen des Ministers sprachen noch drei Redner, nach denen die Bevölkerung (die Verteilung noch fünf weitere Redner) auf die nächste Sitzung verzögert wurde.

Zonegründlichkeit.

Tatiges Recht.

Holland will den Kaiser nicht ausliefern. „Daily Chronicle“ meldet aus Paris, daß Holland die Entente international mitgeteilt habe, daß es mit Bezug auf den ehemaligen deutschen Kaiser und seinen Sohn auf keinen Fall recht betreibe. „Telegrafo“ meldet dagegen, daß die niederländische Regierung der Vertretung der Entente in Paris auf freundschaftliche mitgeteilt habe, daß es der niederländischen Mediation sehr ungünstig sein würde, wenn ein Friedensvertrag zwischen getroffen würde. Holland müsse sie weigern, den Kaiser und seinen Sohn ausliefern. Die niederländische Regierung hat auf die Weise instruiert, daß Holland Unschärfen wiedergeben, um zu vermeiden, daß in Zukunft Unannehmlichkeiten mit der Entente entstehen und Holland bestimmt wird, seine eigenen Willen ein offizielles Erkennen mit einer direkten Weisung zu beantworten. Die niederländischen Gerichte sind der Ansicht, daß nach den bestehenden Vorrechten eine Auslieferung nur im Falle von Tod, Diebstahl usw. statthaft ist.

Die Rote mit den Namen der deutschen Schulden wird in der ganzen Welt verbreitet werden. Bei jedem Namen wird die Art des begangenen Verbrechens stehen.

Der neue Erzbischof von Köln. Bei der sechsten Erzbischöfswahl wurde der Bischof Dr. Karl Josef Schulte von Beberborn zum Erzbischof von Köln gewählt.

Die Erhöhung der Teuerungsablagen. Der Haushaltsschluss der Nationalversammlung beschloß bei der gestrigen Beratung der Erhöhung der Teuerungsablagen der Beamten um 150%, diese Gelegenheit vor die Volksversammlung zu bringen. Dieser wird daher ein bedeutender Gegenstand zu geben, der bereits heute verabschiedet werden soll.

Zu der heutigen 1. Sitzung des Völkerbundes in Paris werden im Namen Frankreichs Leon Bourgeois, für Großbritannien Lord Carson, für Griechenland Venizelos und für Belgien Dymas wiedergeben. Von neutralen Staaten haben Clemenceau ihren Beitritt zum Völkerbund erklärt Spanien, Schweden und Dänemark. Die Zustimmung Norwegens ist ebenfalls sicher. — Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede über den Völkerbund, daß der lebhafte Bund eine Einleitung sei. Das Ziel sei ein Bündnis aller Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Die Helmkehr der Kriegsgefangenen. Die R. R. am Mittwoch meldet aus Stuttgart a. Main: Obwohl bereits länger als 48 Stunden seit dem Austausch der Hafttauschriften verstrichen, sind die Kriegsgefangenen geblieben über die deutsch-französische Grenze gekommen. Doch sind vorgelebten von französischer Seite die seit langem bestehenden deutschen Verträge angefordert worden.

Holland.

Hollands Eintritt in den Völkerbund. Die niederländische Regierung hat in der 2. Kammer, wie schon mitgeteilt, eine Gesetzesvorlage beschlossen, ihres Eintritts in den Völkerbund einzuholen. Diese Gesetzesvorlage umfasst 2 Artikel. Am ersten wird für die Regierung die Vollmacht verliehen, dem Völkerbund beitreten zu können und gleichzeitig Mitglied der Arbeitsorganisation zu werden. Am 2. Artikel verlangt die Regierung die Vollmachten, um diejenigen Verträge abzuschließen zu können, welche der Beitritt zur internationalen Arbeitsorganisation bedingt. Die Regierung hat der Vorlage eine Erläuterung beigegeben, in der gesagt wird, daß die Regierung statt sofort dem Völkerbund beitreten, nur die Vollmachten zum Beitritt verlangt, da der Völkerbund etwas anderes sei, als man ursprünglich von ihm erwartet hat und zwar davon deshalb, weil die beteiligten Staaten vorläufig von der Mitgliedschaft ausgeschlossen würden. Die Tatsache, daß zwischen Frankreich, England und Amerika ein Verteidigungsabkommen geschlossen worden sei, beweist, daß sogar die Gründer des Völkerbundes das Statut als nicht sicher genug halten und nicht davon überzeugt seien, daß ihre Arbeit vollendet sei. Die Verhandlung der Gesetzesvorlage wird am 20. Januar in der 2. Kammer stattfinden.

Italien.

Die Flamm-Präze. Einer Neutermeldung zufolge berichtet „Daily Chronicle“ aus Paris, daß die adriatische Präge gelöst worden ist. Flamm bleibt bei Italien. Der Hafen wird jedoch internationalisiert und dem Völkerbund unterstellt. Das Hinterland kommt zu Südböhmen. Italien wird jedoch die Benutzung der Bahn gewährleisten. Die gesamte dalmatische Küste mit Ausnahme von Bara und einer oder zwei Inseln fällt zu Südböhmen.

Frankreich.

Der Generalstreik abgelehnt. Die Generalsversammlung der „Confédération générale du Travail“ hat gestern mit 110 gegen 22 Stimmen einen Antrag der Extremisten auf Erklärung des Generalstreiks abgelehnt.

Türkei.

Die Lage in Turkei. „Daily News“ meldet zu den Kämpfen zwischen Franzosen und Syrern ans Haft: Die Lage in Syrien ist außerordentlich ernst. In Damaskus habe sich ein nationaler Verteidigungsauftakt gebildet, der sich gegen jede ausländische Intervention erkläre. Die allgemeine Militärdienstpflicht ist eingeführt worden. Auch Frauen lassen sich für die Freiwilligenverbände werben.

England.

Deutsche Presseberichterstatter. „Daily News“ schreiben in einem Beitrag: Deutsche Presseberichterstatter werden jetzt nach England kommen, und können Deutschland lügen, als wie wenig typisch unsere wilde Männer anzusprechen sind und wie sehr das Gefühl des Grossen gegen Deutschland gepaart geht mit dem Wunsch nach einer besseren Welt, in der ein neues Deutschland statt der Bitterkeit der Entzerrung neue Bände der Verständigung finden kann.

Umschwung der öffentlichen Meinung. Der „Western Mail“ veröffentlicht einen Artikel des hervorragenden englischen liberalen Politikers Arthur Ponsonby, welcher erklärt, daß in den letzten zwölf Monaten eine überraschende Wandlung in der britischen öffentlichen Meinung vollzogen habe. Die Engländer sind aus dem wilken Kriegsgefecht erweckt. Sie haben die Verbildung überwunden, in die die fortgesetzte Gewalttätigkeit sie verlegt hatte. Jetzt sehen sie, daß der militärische Sieg ihnen keinen Nutzen gebracht hat. Sie begreifen, daß dieser Krieg für internationale Gerechtigkeit, allen früheren Kriegen aufshaarig ist, und mit einem Gefühl von Scham haben sie die aggressiven Abfertigungen ihrer Bundesgenossen erkannt, als deren Staatsmänner griesig über die Heute des Sieges herfeilen. Sie erblicken keine staatsmännische oder beständigende Würdigung auch nur eines der großen europäischen Probleme, vielmehr sei die Saat monter Autarkie jetzt ausgetragen worden. Sie fangen die Engländer an, sich allmählich die Frage vorzulegen, ob sie nicht gegen den wirtschaftigen Teil gekämpft haben, als die deutschen, die österreichischen, die ungarischen und die bulgarischen Bauern und Arbeiter ihre Freiheit wahren. Es besteht in der Tat ein Grund für die Hoffnung, daß Großbritannien sich noch erheben wird zur Verantwortlichkeit seiner Plastikstellung, daß es noch den richtigen Weg finden wird, um Solidarität, Verbündet und Frieden zu schaffen durch eine gründliche und praktische Abänderung der Verträge, die in Vors von Wählern vertragt worden sind, deren ausschließliche Motive Macht und Triumph waren.

Frankreich.

Meldete von den Soldatenkämpfen. „Associated Press“ meldet aus Berlin, daß die Polizeiwaffen Macht befreit haben. Einer „Times“-Meldung aus Berlin folge, daß General Gennow 3000 deutsche und österreichische Kriegsgefangene vertrieben haben.

Gesetzliches Öl für Europa. Der amerikanische Aus- handlung mit dem Russland meidet in seinem amtlichen Bericht: Wenn Europa seine Rohstoffquellen und Rohstoffe erhält, wird es sowohl wirtschaftlich als auch industriell und politisch in höherer Schmelzschicht erraten. Europa muß Waren aus Amerika kaufen können und braucht dazu amerikanische Kredite. Die amerikanische Regierung könnte Europa auf indirektem Wege durch Vermittlung von Geldinstituten helfen, damit die Vereinigten Staaten nicht die üblichen Goldbader seien. Sie sollten eventuell anfangen mit anderen Großmächten eine Allianz verhandeln. Die auf diese Weise erzielten Geldeinheiten sollten jedoch nur für industrielle Zwecke verwendet werden dürfen durch die Regierung zur Verfügung gestellt werden.

Regata.

Eine Waffenleistung Sabotage. Der „Miami Game“ meldet aus Newport: Aus Berichten aus San Antonio ist zu hören, daß ein japanisches Handelsboot in Begleitung eines japanischen Kreuzers mit einer Waffenleistung für Mexiko im mexikanischen Hafen Mazatlan eingetroffen ist. Der japanische Bootshalter im Washington steht die Meldung, daß Japan Mexiko mit Waffen versorgte, in Übersee.

2. Klasse 176. Sach. Landes-Batterie.

Die Räuber. Diese werden im zweiten Kap. des mit 1900 Meter gegen über. (Eine Schilder der Räuber. — Nachdruck verboten).

2. Sitzungstag am 15. Januar 1920.

200000 St. 100000 St. 50000 St. 20000 St. 10000 St. 5000 St. 2000 St. 1000 St. 500 St. 200 St. 100 St. 50 St. 20 St. 10 St. 5 St. 2 St. 1 St. 0.5 St. 0.25 St. 0.125 St. 0.0625 St. 0.03125 St. 0.015625 St. 0.0078125 St. 0.00390625 St. 0.001953125 St. 0.0009765625 St. 0.00048828125 St. 0.000244140625 St. 0.0001220703125 St. 0.00006103515625 St. 0.000030517578125 St. 0.000015258939375 St. 0.000007647969375 St. 0.00000382498489375 St. 0.00000191249249375 St. 0.000000951246249375 St. 0.000000475122349375 St. 0.0000002375111249375 St. 0.0000001187506249375 St. 0.0000000593503125 St. 0.00000002967501625 St. 0.0000000148375008125 St. 0.0000000074150040125 St. 0.00000000370750020125 St. 0.000000001853750100125 St. 0.0000000009268750050125 St. 0.0000000004637500250125 St. 0.00000000023187500125 St. 0.000000000115937500050125 St. 0.000000000059687500020125 St. 0.0000000000298437500100125 St. 0.00000000001492187500050125 St. 0.0000000000074910937500020125 St. 0.00000000000374551875000100125 St. 0.00000000000187275000050125 St. 0.00000000000093637500020125 St. 0.0000000000004781875000100125 St. 0.00000000000023909375000050125 St. 0.000000000000124549375000020125 St. 0.0000000000000622493750000100125 St. 0.0000000000000311249375000050125 St. 0.00000000000001556249375000100125 St. 0.000000000000007731249375000020125 St. 0.000000000000003816249375000050125 St. 0.0000000000000019081249375000100125 St. 0.0000000000000009540124937500020125 St. 0.00000000000000047700124937500050125 St. 0.00000000000000023850124937500100125 St. 0.00000000000000012425012493750020125 St. 0.0000000000000000612493750050125 St. 0.00000000000000003012493750100125 St. 0.0000000000000000151249375050125 St. 0.00000000000000000751249375020125 St. 0.000000000000000003751249375050125 St. 0.0000000000000000018751249375020125 St. 0.00000000000000000093751249375050125 St. 0.000000000000000000473751249375020125 St. 0.00000000000000000023751249375050125 St. 0.00000000000000000011751249375020125 St. 0.00000000000000000005751249375050125 St. 0.000000000000000000028751249375020125 St. 0.0000000000000000000143751249375050125 St. 0.0000000000000000000071751249375020125 St. 0.0000000000000000000035751249375050125 St. 0.00000000000000000000173751249375020125 St. 0.00000000000000000000087512493750501